

Aus aktuellem Anlass:

Stellungnahme zum Israel-Palästina-Konflikt (12. August 2025)

Als Christen und Demokraten protestieren wir entschieden gegen den immer weiter um sich greifenden Antijudaismus und Antisemitismus in unserem Land und weltweit. Wir wollen nicht schweigen und darin schuldig werden.

Man kann berechtigte und konstruktive Kritik üben an der Vorgehensweise der israelischen Regierung um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu – aber man sollte dabei nicht vergessen, dass das Ziel der Terrororganisation der Hamas, der iranischen Regierung, der Hizbollah im Libanon und der Huthi-Rebellen im Jemen darin besteht, den Staat Israel zu diffamieren, zu boykottieren, zu dämonisieren, zu delegitimieren und schließlich auszulöschen. Man versetze sich in die Lage der dortigen Regierung, der Israelis, der Juden überall auf der Erde. Wie müsste die deutsche Regierung reagieren? – Zur bisherigen Praxis der Bundesrepublik Deutschland, stets für das Existenzrecht des Staates Israel einzutreten und dieses als Staatsräson zu verstehen, besteht keine Alternative.

Der bekannte Nahost-Experte Jan Ross (>Die ZEIT<) stellte kürzlich klar: Es ist eine »Tatsache, dass der Weisheit und der Fairness internationaler Organisationen und Institutionen beim Thema Israel nicht zu trauen ist. Gerade in Deutschland herrscht weithin ein naiver Glaube an Stellungnahmen und Beschlüsse im Umkreis der Vereinten Nationen, während dieses Milieu in hohem Grad gegen den jüdischen Staat politisiert ist.«

Man vergesse bei allen (Vor-) Urteilen und bei aller auch berechtigt erscheinenden Kritik nicht den barbarischen Terrorakt der Hamas vom 7. Oktober 2023 sowie alle militärischen Angriffe auf Israel aus arabischen Ländern: seit 1948 (!). Wie oft gab es Luftalarm-Alarm in Israel, wie oft mussten Israelis Schutzbunker aufsuchen, wie viele Israelis mussten evakuiert werden, wie viele sind Selbstmordattentaten muslimischer Extremisten zum Opfer gefallen! Was macht all dies mit Menschen in einem Land so groß wie das Bundesland Hessen, dessen Bevölkerung noch das Grauen der Shoah in sich trägt? Man vergesse ebenso wenig, dass nach 1948 etwa 900.000 Juden in ihren arabischen Heimatländern verfolgt und daraus vertrieben wurden.

Als unstrittig gilt: Die Versorgungslage der Palästinenser im Gaza-Streifen ist katastrophal – aber wer ist dafür letztlich verantwortlich, wer übernimmt die Verantwortung? Kann man´s Israel (zudem allein?) zuschieben und anlasten?

Der Gaza-Krieg ließe sich wahrscheinlich rasch beenden, wenn die Hamas-Kämpfer ihre Waffen niederlegen und kapitulieren und wenn die Geiseln freigelassen sind. Wenn Hilfslieferungen bei den notleidenden Menschen im Gazastreifen aufgrund internationaler Kontrolle auch wirklich ankommen und nicht durch Hamas-Terroristen behindert oder ad absurdum geführt werden.

Der Propaganda-Krieg der Hamas gegen Israel blendet und verfängt in Teilen auch die westliche Welt, wenn sie ihr blauäugig ›auf den Leim‹ geht und Israel in einer Täter-Opfer-Umkehr als allein Schuldigen an den Pranger stellt. Wie einseitig-polarisierend berichten westliche Medien oft aus diesem Konflikt, wie hörig nehmen sie meisthin die von der Hamas gesteuerten und genehmigten Informationen und Bilder auf. Wo bleibt die Wahrheit? – Es geht der Hamas nicht um eine Zwei-Staaten-Lösung, bedeutete dies doch die Anerkennung des Staates Israel, der ja vernichtet werden soll.

Israel nun als Apartheidsstaat zu brandmarken oder des Genozids zu bezichtigen und gar zum Boykott israelischer Produkte aufzurufen, geht an der (juristischen) Definition vorbei und stellt die Realität auf den Kopf. Israel durch pro-palästinensische Demonstrationen auf Straßen und in Universitäten hierzulande und andernorts mit Hass und Hetze zu bedrohen, kann nicht geduldet und muss dringend untersagt werden. Demonstrationen, in denen offen zur Vernichtung Israels und zur Tötung von Juden aufgefordert wird oder solches für gut gehalten wird, sind umgehend mit allen der Polizei zur Verfügung stehenden Mitteln zu beenden. Universitätsleitungen sind dazu verpflichtet, gewaltsame Angriffe gegen jüdische Studentinnen und Studenten sofort zu unterbinden und zu ahnden, nicht zuletzt mit dem Mittel der Exmatrikulation. Mit freier Meinungsäußerung hat das nichts zu tun.

Man beachte die Paragraphen 15 im Versammlungsgesetz, 86a im Strafgesetzbuch, 130 im StGB (Volksverhetzung), in Art. 1 im Grundgesetz (wer zur Vernichtung eines Volkes aufruft, verstößt gegen die Menschenwürde), in Art. 5 im GG (Grenzen der Meinungsfreiheit).

Die Terrororganisation der Hamas (die in Deutschland verboten ist) braucht unsere Solidarität nicht, wohl aber die missbrauchte Bevölkerung der Palästinenser, wohl aber das Volk der Israelis. Es darf nicht angehen, dass es Juden in unserem Land wie auch anderswo nicht mehr wagen, sich als Juden zu erkennen zu geben und ihren Glauben auszuleben! Es darf ebensowenig angehen, alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen!

Es ist wahrlich an der Zeit,
den Hamas-Machenschaften wo auch immer ein Ende zu setzen!

Wir protestieren gegen den Gaza-Krieg, gegen den Missbrauch von Männern, Frauen, Kindern als menschliche Schutzschilde, gegen das Leid der Zivilbevölkerung, auch in Israel. Wir erwarten in der Berichterstattung von allen Medien die gewissenhafte Überprüfung ihrer Quellen, um ›fake news‹ zu verhindern.

Wir protestieren für das Existenzrecht des Staates Israel. Wir protestieren für alle Menschen guten Willens auch seitens der Muslime auf ein Leben in Freiheit und Frieden. Wir erwarten entschlossenes Handeln der Politiker im Sinne der Gerechtigkeit und von den Kirchenführern den Einsatz für Verständigung und Versöhnung: auf dass tragfähige Brücken gebaut werden!

Schweigen, Wegsehen, Zulassen ist nicht das Gebot der Stunde, sehr wohl aber: Aufstehen, Auftreten, Widerstehen, Beten für den Frieden in Nahost.

Ettlingen-Schluttenbach, 12. August 2025

Erstunterzeichner: sieben Pfarrer aus der badischen Landeskirche
c/o Pfarrer em. Dr. Hans-Gerd Krabbe (Achern)

Diese Stellungnahme ergeht als Meldung an:

- [IDEA](#)
- [epd](#)
- [die Homepage ›Christliches Forum‹](#)
- [kath.net](#)
- [reformiert.de](#)
- [Evangelische Verantwortung](#)
- [die deutsch-israelische Gesellschaft, z.Hdn. Herrn Volker Beck](#)
- [den Zentralrat der Juden in Deutschland, z.Hdn. Herrn Präsident Dr. Josef Schuster](#)
- [Schuldekan i.R. Albrecht Lohrbächer](#)
- [Martin Kugele für die ›Wochenend-Mail aus Bretten‹](#)
- [die ›BKB‹-Homepage](#)

Zur Pflichtlektüre gehören muss das Buch von Abdel-Hakim Ourghi: »Die Liebe zum Hass. Israel, 7. Oktober 2023« – Claudius-Verlag, München 2025